

SCHRIFTENREIHE  
Band 7

CLAUS CARLSEN  
(Hrsg.)

# Natur und RECHT

MARTIN GELLERMANN  
MATTHIAS SCHREIBER

## Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen in staatlichen Planungs- und Zulassungsverfahren

Leitfaden für die Praxis

 Springer

# Schriftenreihe Natur und Recht

Band 7

---

Herausgegeben von Claus Carlsen, Berlin

Martin Gellermann · Matthias Schreiber

---

# Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen in staatlichen Planungs- und Zulassungsverfahren

Leitfaden für die Praxis

 Springer

DBU   
Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Rechtsanwalt Professor Dr. Martin Gellermann  
Schlesierstraße 14  
49492 Westerkappeln  
m.gellermann@t-online.de

Dr. Matthias Schreiber  
Blankenburger Straße 34  
49565 Bramsche/Epe  
schreiber.umweltplanung@t-online.de

ISSN 0942-0932

ISBN 978-3-540-69096-2 Springer Berlin Heidelberg New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detailierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Springer ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media  
[springer.de](http://springer.de)

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2007

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Herstellung: LE- $\text{\TeX}$  Jelonek, Schmidt & Vöckler GbR, Leipzig  
Umschlaggestaltung: WMX Design GmbH, Heidelberg

SPIN 11961833    64/3100YL - 5 4 3 2 1 0    Gedruckt auf säurefreiem Papier

## Vorwort

Hat sich auch längst herumgesprochen, dass den Anforderungen des Habitat-schutzrechts in staatlichen Planungs- und Zulassungsverfahren besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist, fristete das Artenschutzrecht lange Zeit eher ein Schattendasein. Zwar deutete sich schon in der berühmten Caretta-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) an, dass seine praktische Bedeutung nicht zu unterschätzen ist, indessen bedurfte es erst der im Januar 2006 erfolgten Verurteilung der Bundesrepublik Deutschland im Vertragsverletzungsverfahren, um die Relevanz des artenschutzrechtlichen Regelungsgefüges für Planungs- und Zulassungsentscheidungen zu verdeutlichen. Mag seither auch als gesichert gelten, dass Akte der Fachplanung, kommunale Bauleitpläne und Entscheidungen über die Zulassung von Eingriffsvorhaben vor artenschutzrechtlichen Anfeindungen nicht gefeit sind, bereitet der korrekte Umgang mit den Regelungen zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten in der Praxis doch erhebliche Schwierigkeiten.

Ihrer Aufarbeitung ist diese Schrift gewidmet, die sich zum Ziel gesetzt hat, den rechtlichen Rahmen des geltenden Artenschutzrechts in seinen für Planungs- und Zulassungsentscheidungen relevanten Bezügen auszuleuchten, thematisch einschlägige naturschutzfachliche Fragestellungen einer Beantwortung zuzuführen und Vorschläge für eine den gemeinschaftsrechtlichen Erfordernissen genügende Gestaltung des nationalen Artenschutzrechts zu unterbreiten. Sie wendet sich vor allem an die Praktiker in Verwaltung, Rechtsprechung und Gesetzgebung, zugleich aber auch an Planungsbüros und Rechtsanwälte, die sich im Rahmen beratender Tätigkeiten zunehmend mit dem Artenschutzrecht konfrontiert sehen. Ihnen allen will die Schrift eine Hilfestellung zur „unfallfreien Durchdringung“ des artenschutzrechtlichen Regelungs dickichts bieten.

Für das Entstehen der Schrift ist vielfältiger Dank auszusprechen. Dieser gilt in erster Linie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), ohne deren großzügige Förderung das Forschungsprojekt kaum hätte durchgeführt werden können. Zu danken ist auch Frau Dipl.-Ing. Nora Remus und Frau Almuth Schreiber, die sich um die Zusammenstellung naturschutzfachlicher Erkenntnisse verdient gemacht hat. Besondere Anerkennung verdient Frau Marja Hellmold, die dem Manuskript seine endgültige Gestalt verliehen hat. Dank gebührt schließlich Herrn Dr. Claus Carlsen für seine freundliche Bereitschaft zur Aufnahme der Schrift in die Schriftenreihe Natur und Recht.

Westerkappeln/Bramsche, im Januar 2007

Martin Gellermann

Matthias Schreiber

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungen</b> .....	<b>XV</b>
<b>Einführung</b> .....	<b>1</b>
A. Artenschwund und seine Ursachen .....	1
B. Artenschutz in staatlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren .....	2
C. Praktische Probleme im Umgang mit dem Artenschutzrecht.....	3
<b>Erster Teil: Artenschutz aus rechtlicher Perspektive</b> .....	<b>5</b>
<b>§ 1 Thematisch einschlägiges Artenschutzrecht im Überblick</b> .....	<b>7</b>
A. Internationales und europäisches Artenschutzrecht .....	7
I. Einschlägiges Konventionsrecht .....	8
1. Bonner Konvention .....	8
2. Abkommen auf Grundlage der Bonner Konvention .....	9
3. Berner Konvention.....	12
II. Europäisches Artenschutzrecht.....	13
1. Die Vogelschutz-Richtlinie 79/409/EWG.....	14
2. Die FFH-Richtlinie 92/43/EWG .....	14
B. Artenschutzrecht in der Bundesrepublik Deutschland .....	15
I. Naturschutzrecht des Bundes und der Länder .....	16
1. Allgemeiner und besonderer Artenschutz .....	16
2. Artenschutz in der Eingriffsregelung .....	17
3. Gesetzlicher Biotopschutz zwischen Arten- und Habitatschutz... ..	17
II. Sonstiges artenschutzrelevantes Recht.....	18
<b>§ 2 Artenschutzrecht in der vorhabenbezogenen Fachplanung</b> .....	<b>21</b>
A. Fachplanung – Eingrenzung und Überblick .....	21
B. Die Funktionssicherungsklausel des § 63 BNatSchG .....	22
C. Allgemeines Artenschutzrecht.....	23
I. Landesrecht im Rahmen des § 41 Abs. 1 BNatSchG.....	23
II. Weitergehende Verbote des Landesrechts .....	24
1. Einschlägige Verbotstatbestände.....	24
2. Bedeutung der Verbote für die Fachplanung .....	25
D. Besonderes Artenschutzrecht .....	26
I. Privilegierung der Fachplanung durch die Legalausnahme des § 43 Abs. 4 BNatSchG.....	26
1. Unanwendbarkeit des § 43 Abs. 4 BNatSchG?.....	27

---

a.	Betroffenheit der Lebensstätten der Arten des Anhangs IV FFH-RL .....	27
b.	Anwendbarkeit in sonstigen artenschutzrelevanten Fällen .....	28
c.	Praktische Konsequenzen .....	29
2.	Gemeinschaftskonforme Handhabung des § 43 Abs. 4 BNatSchG .....	30
II.	Besonderes Artenschutzrecht im Entscheidungsprogramm der Fachplanung .....	31
III.	Die Verbotstatbestände .....	32
1.	Wesentliche Gemeinsamkeiten der Verbotsbestimmungen .....	32
2.	Das Spektrum der geschützten Tier- und Pflanzenarten .....	33
a.	Besonders geschützte Arten .....	33
b.	Streng geschützte Arten .....	36
3.	Direkter Zugriff auf Exemplare besonders geschützter Tier- und Pflanzenarten .....	36
a.	Tatbestand der Verbotsnorm .....	36
b.	Relevanz für die Fachplanung .....	38
c.	Mechanismen der Problembewältigung .....	39
4.	Schutz der Lebensstätten besonders geschützter Tierarten .....	40
a.	Lebensstätte und Habitat in fachlicher und rechtlicher Perspektive .....	41
b.	Identifikation geschützter Teilhabitate .....	42
aa.	Niststätten .....	43
bb.	Brutstätten .....	45
cc.	Wohn- und Zufluchtstätten .....	48
c.	Temporäre Grenzen des Schutzes der Lebensstätten .....	50
d.	Die untersagten Handlungen .....	52
aa.	Substanzverletzung .....	52
bb.	Sonstige funktionsmindernde Einwirkungen .....	53
cc.	Unterscheidung von tatbestandlich relevanten und rechtlich unmaßgeblichen Einwirkungen – Relevanzschwellen .....	54
e.	Mechanismen der Problembewältigung .....	56
aa.	Vermeidungsmaßnahmen .....	57
bb.	CEF-Maßnahmen .....	57
5.	Störung streng geschützter Tier- und europäischer Vogelarten ...	59
a.	Der Tatbestand des Störungsverbots .....	59
b.	Eingrenzung des Kreises rechtlich relevante Störungen .....	61
aa.	Der populationsbezogene Ansatz .....	61
bb.	Relevanzschwellen .....	62
6.	Schutz besonders und streng geschützter Pflanzen .....	63
a.	Zugriff auf besonders geschützte Pflanzenarten .....	63
b.	Sicherung des Standortes streng geschützter Arten .....	64

c. Relevanz für die Fachplanung .....	64
IV. Ausnahmen und Befreiungen .....	65
1. Praktische Bedeutung des § 43 Abs. 4 BNatSchG .....	65
2. Ausnahmen nach § 43 Abs. 8 BNatSchG .....	67
3. Artenschutzrechtliche Befreiung .....	67
a. Allgemeine Befreiungsvoraussetzungen .....	68
b. Zusätzliche Befreiungsvoraussetzungen im Falle der Betroffenheit europäischer Arten .....	69
aa. Reichweite der EG-rechtlichen Verbote .....	70
bb. Zulässige Abweichungen aus gemeinschaftsrechtlicher Sicht .....	72
(1) Alternativlösung .....	72
(2) Gewährleistung eines günstigen Erhaltungszustandes (a) Anforderungen des Art. 16 Abs. 1 FFH-RL .....	74
(b) Verschlechterungsverbot des Art. 13 VRL .....	76
(3) Abweichungsgründe .....	77
(a) Der Katalog des Art. 16 Abs. 1 FFH-RL .....	77
(b) Anforderungen des Art. 9 Abs. 1 VRL .....	78
cc. Fazit .....	82
V. Artenschutz in „Natura 2000-Gebieten“ .....	82
E. Artenschutz und Eingriffsregelung .....	83
I. Das Abwägungsmodell des § 19 Abs. 3 S. 2 BNatSchG .....	84
1. Voraussetzungen des § 19 Abs. 3 S. 2 BNatSchG .....	85
2. Rechtsfolge .....	86
3. Die Abwägungsklausel im Lichte der Rechtsprechung des EuGH .....	87
II. Das Verweisungsmodell .....	88
F. Gesetzlicher Biotopschutz .....	89
I. Gesetzlicher Biotopschutz im Überblick .....	89
1. Die geschützten Biotoptypen .....	89
2. Beeinträchtigungs- und Zerstörungsverbot .....	91
3. Ausnahmen .....	93
II. Die Ausnahmeregelungen und das europäische Artenschutzrecht .....	94
G. Artenschutz durch sonstige Rechtsvorschriften .....	94
I. Spezielle Anforderungen einzelner Fachplanungsgesetze .....	95
II. Artenschutz und rechtsstaatliches Abwägungsgebot .....	96
1. Verhältnis zu anderen artenschutzrechtlichen Vorgaben .....	96
2. Ermittlung der Artenschutzbelange .....	98
3. Gewichtung der Artenschutzbelange .....	99
4. Ausgleich der konfligierenden Belange .....	101
<b>§ 3 Artenschutz in der Bauleitplanung .....</b>	<b>105</b>
A. Relevanz des Arten- und Biotopschutzrechts .....	106
I. Bauleitplanung als Zulassungsakt – der planfeststellungs- ersetzende Bebauungsplan .....	106



II. Biotop- und Artenschutzrecht in der Angebotsplanung .....	106
1. Biotop- und Artenschutzrecht als Überplanungsverbot?.....	107
2. Städtebauliche Erforderlichkeit der Planung (§ 1 Abs. 3 BauGB).....	107
B. Der „vollzugsunfähige“ Bauleitplan.....	108
I. Allgemeines Artenschutzrecht .....	109
II. Besonderes Artenschutzrecht als dauerhaftes Hindernis.....	109
1. Planungsrelevante Konfliktlagen .....	109
a. Zugriffs- und Störungsverbote.....	110
b. Problemfall „Überplanung von Lebensstätten“ .....	111
c. Beeinträchtigung der Pflanzen und ihrer Wuchsstandorte....	112
2. Ausnahme- und Befreiungslagen .....	112
a. Mangelnde Einschlägigkeit von Ausnahmen .....	112
b. Hineinplanen in eine „objektive Befreiungslage“, § 62 BNatSchG.....	113
aa. Befreiung und Befreiungslage .....	113
bb. Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen .....	114
cc. Bedeutung des naturschutzbehördlichen Ermessens.....	115
3. Praktische Problemfelder .....	117
a. Prognostische Abschätzung der Konfliktlage.....	117
b. Ebenenspezifische Prognose.....	118
III. Gesetzlicher Biotopschutz als dauerhaftes Hindernis .....	118
C. Artenschutz und Abwägungsgebot.....	120
<b>§ 4 Artenschutz in staatlichen Genehmigungsverfahren.....</b>	<b>123</b>
A. Zulassung baulicher Anlagen .....	124
I. Vorbemerkung .....	124
II. Bauliche Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB).....	125
1. Spezifisch naturschutzrechtliche Anforderungen.....	125
2. Artenschutz als öffentlicher Belang (§ 35 Abs. 3 BauGB) .....	126
III. Bauliche Vorhaben im Innenbereich .....	128
1. Beachtlichkeit des besonderen Artenschutzrechts.....	128
2. Gesetzlicher Biotopschutz.....	129
3. Ökologische Anreicherung der Maßstäbe des § 34 BauGB .....	129
IV. Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplans .....	129
1. Behandlung des Arten- und Biotopschutzes während der Planaufstellung.....	130
2. Entstehung der naturschutzrechtlichen Problemlage erst nach Inkrafttreten des Plans.....	131
IV. Fazit .....	131
B. Rechtsfragen ausgewählter Zulassungsverfahren.....	131
I. Artenschutz in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone – dargestellt am Beispiel der Zulassung von Seeanlagen.....	132
1. Grundlagen.....	132
2. Gefährdung der Meeresumwelt.....	133

a.	Verschmutzung der Meeresumwelt .....	133
b.	Gefährdung des Vogelzuges .....	133
c.	Konkretisierung unter Einbezug naturschutzrechtlicher Vorschriften .....	134
aa.	Zur Geltung der §§ 30, 42 ff. BNatSchG in der AWZ ....	134
bb.	Art. 3 des Zustimmungsgesetzes zur Berner Konvention .....	135
cc.	Europäisches Artenschutzrecht .....	136
d.	Eigenständiger Gehalt des Versagungsgrundes .....	136
3.	Fazit .....	137
II.	Artenschutz im bergrechtlichen Betriebsplanverfahren .....	137
1.	Grundlagen .....	138
2.	Betriebspläne .....	139
a.	Artenschutz im Prüfungsprogramm des § 55 BBergG .....	139
b.	Ergänzung durch § 48 Abs. 2 S. 1 BBergG .....	140
3.	Bergrechtliche Planfeststellung .....	143
III.	Wasserrechtliche Erlaubnis und Bewilligungen .....	143
1.	Grundlagen .....	144
2.	Artenschutz und wasserrechtliche Gemeinwohlklausel .....	145
a.	Naturschutz und Wasserwirtschaft .....	145
b.	Verhältnis von Gemeinwohlklausel und gesetzlichem Biotop- und Artenschutzrecht .....	146
c.	Eingriffsregelung .....	148
<b>Zweiter Teil: Naturschutzfachliche Fragestellungen .....</b>		<b>149</b>
<b>§ 5 Besonders und streng geschützte Tier- und Pflanzenarten .....</b>		<b>151</b>
A.	Das gesetzlich geschützte Artenspektrum .....	151
I.	Material und Methode .....	152
II.	Das Artenspektrum .....	155
B.	Gefährdungstatus der geschützten Arten .....	156
<b>§ 6 Gesetzlich geschützte Lebensstätten .....</b>		<b>159</b>
A.	Brut- und Niststätten .....	160
I.	Räumliche Dimensionen bei der Bemessung von Brut- und Niststätten .....	160
II.	Mittelbare Auswirkungen auf Brut- und Niststätten .....	162
III.	Zeitliche Dimensionen bei der Bemessung von Brut- und Niststätten .....	164
B.	Wohn- und Zufluchtstätten .....	170
I.	Funktionale Begrenzung von Wohnstätten .....	171
II.	Räumliche und zeitliche Dimensionierung von Wohn- und Zufluchtstätten .....	173
C.	Standorte wild lebender Pflanzen .....	174

<b>§ 7 Das Tötungsverbot</b> .....	<b>177</b>
<b>§ 8 Störungen</b> .....	<b>179</b>
A. Allgemeines .....	179
B. Zeitliche Erstreckung .....	182
C. Räumliche und zeitliche Erstreckung des Störungsverbotes .....	184
D. Überlappungen zwischen Beschädigung von Lebensstätten und Störungen.....	186
<b>§ 9 Erweiterter Artenschutz in der Eingriffsregelung?</b> .....	<b>189</b>
<b>§ 10 Artenschutz und Natura 2000-Gebiete</b> .....	<b>191</b>
<b>§ 11 Besonders geschützte Arten – Sachverhaltsermittlung</b> .....	<b>193</b>
A. Einführung .....	193
B. Ermittlung des Artenspektrums.....	194
I. Der geographische Ansatz .....	194
II. Der ökologische Ansatz .....	194
III. Der wirkungsbezogene Ansatz.....	195
IV. Grenzen der Vorab-Einschränkung.....	196
C. Ausdehnung des Untersuchungsraumes .....	196
D. Untersuchungstiefe für das Artenspektrum.....	197
I. Ermittlung der Betroffenheit lediglich anhand der Literatur.....	199
II. Ermittlung des Artenspektrums anhand eigener Geländeerhebungen.....	200
III. Untersuchung des Artenspektrums, Ermittlung des Status der Arten, ihrer Verteilung und der von Nist-, Brut-, Wohn- und Zufluchtstätten im Planungsraum.....	200
IV. Besonderer Untersuchungsaufwand bei streng geschützten Arten und europäischen Vogelarten.....	201
<b>§ 12 Bewertung und Gewichtung der Artenschutzbelange</b> .....	<b>203</b>
A. Allgemeine Bewertungsansätze .....	203
B. Eingeschränkte Bewertung.....	204
<b>§ 13 Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung</b> .....	<b>207</b>
A. Allgemeines .....	207
B. Vorgezogene Kompensationsmaßnahmen .....	208
C. CEF-Maßnahmen .....	208
<b>Dritter Teil: Perspektiven des besonderen Artenschutzrechts</b> .....	<b>213</b>
<b>§ 14 Umsetzung des Urteils des EuGH vom 10.01.2006</b> .....	<b>215</b>
A. Thematisch einschlägige Regelungen des Referentenentwurfs im Überblick.....	215

---

B. Würdigung der Regelungsvorstellungen .....	217
C. Vorschläge zur Neuregelung .....	222
I. Streichung des § 43 BNatSchG.....	222
II. Anpassung der Verbote des § 42 Abs. 1 BNatSchG .....	222
III. Schaffung einer neuen Ausnahmeregelung.....	223
IV. Klärung des Verhältnisses.....	223
V. Fazit .....	224
<b>§ 15 Neue Wege des Artenschutzes in Planungs- und</b>	
<b>Zulassungsverfahren.....</b>	<b>225</b>
A. Anlass zum Umdenken .....	225
B. Neugestaltung des Artenschutzes in	
Planungs- und Zulassungsverfahren.....	226
<b>Vierter Teil: Fallbeispiele.....</b>	<b>231</b>
Fall 1: Die Ortsumgebung.....	233
Fall 2: Der Freizeitpark .....	243
Fall 3: Windkraft und Artenschutz.....	249
<b>Literatur .....</b>	<b>255</b>
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>267</b>
<b>Anhang.....</b>	<b>273</b>
<b>Legende und Anmerkungen zum Anhang .....</b>	<b>274</b>

# Abkürzungen

a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEWA	Agreement on the Conservation for African-Eurasian Migratory Waterbirds – Abkommen zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel v. 16.07.1995, BGBl. II 1998 S. 2498
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
ASCOBANS	Agreement on the Conservation of Small Cetaceans of the Baltic and North Seas – Abkommen zur Erhaltung der Kleinwale in der Nord- und Ostsee v. 31.03.1992, BGBl. II 1993 S. 1106
AWZ	Ausschließliche Wirtschaftszone
BArtSchVO	Verordnung zum Schutz wildlebender Tiere und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung) v. 16.02.2005, BGBl. I S. 258 (896)
BauGB	Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung v. 23.09.2004, BGBl. I S. 2414; zuletzt geändert durch Gesetz v. 05.08.2006, BGBl. I S. 2098
BayNatSchG	Gesetz über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz) v. 18.08.1998, GVBl. S. 593; zuletzt geändert am 27.12.2004, GVBl. S. 521
BBergG	Bundesberggesetz v. 13.08.1980, BGBl. I S. 1310; zuletzt geändert durch Gesetz v. 21.06.2005, BGBl. I S. 1818
BbgNatSchG	Gesetz über den Naturschutz und die Landschaftspflege im Land Brandenburg (Brandenburgisches Naturschutzgesetz) v. 26.05.2004, GVBl. I S. 350
Beschl.	Beschluss
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BGBl.	Bundesgesetzblatt

BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) v. 15.03.1974, BGBl. I S. 724; zuletzt geändert durch Gesetz v. 31.10.2006, BGBl. I S. 2407
BK	Berner Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume v. 19.09.1979, BGBl. II 1984, S. 620
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) v. 25. 03. 2002, BGBl. I S. 1193; zuletzt geändert durch Gesetz v. 24.6.2004, BGBl. I 1359
BremNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bremsches Naturschutzgesetz) v.17.09.1979, Brem.GBl. S. 345; zuletzt geändert am 28.05.2002, Brem.GBl. S. 103
BSH	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BWaStrG	Bundeswasserstraßengesetz
BWWG	Wassergesetz für Baden-Württemberg v. 20.01.2005, GBl. S. 219; geändert durch Gesetz v. 11.10.2005, GBl. S. 668
CBD	Convention on Biological Diversity – Übereinkommen über die biologische Vielfalt v. 05.06.1992, BGBl. II S. 1741
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of wild Fauna and Flora – Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen v. 03.03.1973, BGBl. II 1975 S. 773
CMS	Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals – Bonner Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten v. 23.06.1979 BGBl. II 1984 S. 569
DBU	Deutsche Bundesstiftung Umwelt
ders.	derselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EGE	Gesellschaft zur Erhaltung der Eulen e.V.
etc.	et cetera
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUROBATS	Agreement on the Conservation of Bats in Europe – Abkommen zur Erhaltung der Europäischen Fledermauspopulationen v. 04.12.1991, BGBl. II 1993 S. 1106
f.	Folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung

FFH-RL	Richtlinie 92/43/EWG des Rates v. 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl.EG Nr. L 206 S. 7; zuletzt geändert ABl.EU 2003 Nr. L 284 S. 1
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
h.M.	herrschende Meinung
HdbÖffBauR	Handbuch des Öffentlichen Baurechts
HeNatG	Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Hessisches Naturschutzgesetz) v. 16.04.1996, GVBl. I S. 145; zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.10.2005, GVBl. I S. 674
HessVGRspr	Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte
HeWG	Hessisches Wassergesetz v. 06.05.2005, GVBl. I S. 305
HmbNatSchG	Hamburgisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) v. 7.08.2001, HmbGVBl. S. 281; zuletzt geändert am 20.04. 2005 HmbGVBl. S. 146
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
KrW-/AbfG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz) v. 27.09.1994, BGBl. I S. 2705; zuletzt geändert durch Gesetz v. 31.10.2006, BGBl. I S. 2407
LANA	Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung
LG NW	Gesetz zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz) v. 21.07.2000, GV. NRW. S. 568; zuletzt geändert am 01.03.2005, GV.NW. S. 191
lit.	litera
LNatG MV	Gesetz zum Schutz der Natur und der Landschaft im Lande Mecklenburg – Vorpommern v. 22.10.2002, GVOBl. 2003 S. 1; zuletzt geändert am 11.7.2005, GVOBl. M-V S. 326
LNatSchG SH	Gesetz zum Schutz der Natur (Landesnaturschutzgesetz Schleswig-Holstein) v. 18.07.2003, GVOBl. Schl.-H. S. 339, zuletzt geändert am 3.1.2005, GVBl. S. 21
LPfIG RP	Landespfllegegesetz Rheinland-Pfalz v. 05.02.1979, GVBl. S. 36; zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.04.2005, GVBl. S. 98
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MUNLV NRW	Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen
MUNR	Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung